

Regierung will Geheimpolizei schaffen

Im Eiltempo wollen SPÖ und ÖVP noch vor der Sommerpause ein neues sogenanntes Staatsschutzgesetz installieren.

Mit dem neuen Gesetz soll eine Geheimpolizei eingerichtet werden, die weitreichende Kompetenzen zur Bespitzelung der Bevölkerung erhält. Die Genehmigung und Kontrolle weitreichender Überwachungsmaßnahmen, wie etwa für Peilsender, Handy- und Internetüberwachung durch unabhängige Gerichte soll wegfallen. In Zukunft soll diese Geheimpolizei nämlich in Eigenregie, also ohne dass sie irgendjemand Rechenschaft dafür ablegen muss, zum Schutz vor möglichen zukünftigen Straftaten Personen überwachen dürfen.

AKVorrat: *Das geplante Staatsschutzgesetz untergräbt unsere Grundrechte und etabliert eine unkontrollierbare Überwachungsbehörde.*

Amnesty International: *Der Grundrechtsschutz wird weiter aufgeweicht und die Kontrolle zurückgefahren. Der vorliegende Entwurf sieht vor, dass Ermittler zukünftig selbst entscheiden können, wann sie die schwachen Kontrolleinrichtungen informieren und wann nicht. Das sind menschenrechtlich bedenkliche Schritte hin zu einem unkontrollierbaren Überwachungsstaat.*

Rechtsanwaltskammertag: *Bei Verwirklichung dieses Gesetzesvorhabens besteht die Gefahr der Verselbstständigung des sogenannten „Staatsschutzes“ in der Schaffung eines Systems, eines „inner circle“, wobei die politische und verfassungsrechtliche Kontrolle völlig ausgeschaltet wird, da der Staatsschutz nach dem Entwurf völlig geheim und abgehoben arbeiten kann. [...] Insgesamt ist daher der Gesetzesentwurf abzulehnen und findet keine Zustimmung des Österreichischen Rechtsanwaltskammertages.*



Daher JETZT Petition unterzeichnen!

Bedeutung der Meinungsfreiheit

Demokratie braucht Meinungsvielfalt. Unsere Gesellschaft muss sich laufend der sich stetig wandelnden Realität anpassen. Nur zeitgemäße Gesetze und Normen ermöglichen eine faire Selbstorganisation unserer Gesellschaft. Andernfalls erdrücken einmal etablierte Machtstrukturen jede weitere Anpassung und Staatsorgane dienen bloß noch der Festigung dieser Ordnung. Wenn die Mehrheit ihre Mitgestaltungsmöglichkeiten verliert, dient der Staatsapparat nur noch der Machtelite.

Menschen, die wissen, dass sie jederzeit überwacht werden können, üben kaum jemals Kritik, denn sie müssen persönliche Nachteile befürchten, wenn sie obrigkeitlich in Erscheinung treten. Maßnahmen, die die freie Meinungsäußerung erschweren, sind daher eine ernste Bedrohung unserer Gesellschaft und unseres sozialen Friedens.



Was stellt Überwachung sicher?

Die österreichische Regierung plant noch vor dem Sommer ein sogenanntes „Staatsschutzgesetz“ einzuführen. Die Befugnisse und Zuständigkeiten der Beamten für Verfassungsschutz und Terrorbekämpfung sollen massiv ausgeweitet werden. Ohne richterliche Genehmigung und konkrete Verdachtsmomente sollen Menschen überwacht und ausgeforscht werden dürfen, sobald religiöse oder weltanschauliche Motive möglich scheinen.

Da es im aktuellen Gesetzesvorschlag keine Auskunftspflicht zu diesen Aktivitäten geben soll, kann nicht einmal von unabhängiger Stelle überprüft werden, ob diese neuen Befugnisse missbraucht werden.

Wir müssen aber leider befürchten, dass derartige Möglichkeiten gegen die kritische Zivilgesellschaft eingesetzt werden. Im Tierschutzprozess hat sich zum Beispiel gezeigt, dass Beamte sogar wiederholt Menschenrechte nachweislich übergangen haben. Im Nachhinein wurden sie dafür nicht etwa bestraft, sondern sogar befördert. Unter normalen Umständen wäre es in so einem Fall nie zur Untersuchungshaft und einem Prozess gekommen. Diese Farce war nur durch den vielfältigen Missbrauch bereits jetzt ausufernder Überwachungsmöglichkeiten und durch eine gezielte Unterschlagung relevanter entlastender Fakten möglich.

Wollen wir einer Institution, die bereits in der Vergangenheit bewiesen hat nicht annähernd verantwortungsvoll mit damals noch deutlich eingeschränkteren Möglichkeiten umgehen zu können, tatsächlich einen totalen Freibrief geben?

**Bitte unterschreiben
Sie die Petition unter:**

www.staatsschutz.at

Verantwortlich für den Inhalt dieses Flugblattes:
Verein gegen Tierfabriken, 1120 Wien,
Meidlinger Hauptstraße 63/6, www.vgt.at, 01/929-14-980
Spendenkonto:
IBAN: AT84 2011 1822 5838 6404, BIC: GIBAAWXXX

VGT.at
VEREIN GEGEN TIERFABRIKEN